

ANFRAGE Stadtrat Heinz Golombeck (FDP) vom 31.05.2011	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	26. Plenarsitzung Gemeinderat 26.07.2011 800 17 c öffentlich
Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes: Bildungspaket, Grundsicherung im Alter		

1. Wie wird die Stadt Karlsruhe durch die schrittweise Übernahme der Grundsicherung im Alter in den Jahren 2012, 2013 und 2014 vom Bund finanziell entlastet?
2. Gibt es Überlegungen in der Verwaltung, wie dieser Entlastungsbetrag verwandt wird?
3. Welche Entlastung erwartet die Stadt durch das Bildungspaket in 2011 und 2012?
4. Gibt es Überlegungen in der Verwaltung, wie diese Entlastung verwandt wird?

Sachverhalt/Begründung:

Die Kosten der Grundsicherung im Alter werden schrittweise auf den Bund übertragen und damit werden die Kommunen entlastet. Und zwar werden im Jahre 2012 45 %, im Jahre 2013 75 % und im Jahre 2014 100 % vom Bund übernommen. Für diese drei Jahre war bisher eine Bundesbeteiligung von 16 % vorgesehen. Damit werden im Haushalt der Stadt Karlsruhe Mittel frei, die bisher für diese Grundsicherung aufgewandt wurden.

Im Rahmen des Bildungspaketes erhalten die Kommunen vom Bund für ca. 2,5 Mio. Kindern von ALG-II-Empfängern und Geringverdienern pro Jahr ca. 1,5 Milliarden EURO zur Verfügung gestellt sowie ihren kompletten Verwaltungsaufwand erstattet. Auch dies dürfte bei der Stadt Karlsruhe Mittel freisetzen, die bisher in diesem Bereich verwandt wurden.

Damit der Gemeinderat über die Verwendung dieser frei werdenden Mittel sinnvoll befinden kann, ist eine frühzeitige Information erforderlich.

unterzeichnet von:

Heinz Golombeck

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

15. Juli 2011